

18.02.2020 07:02 Uhr

Awo-Chef kritisiert Minister scharf

Vor einem Jahr hat der Wohlfahrtsverband eine Petition an den Bundestag gestartet, um die Eigenanteile an der stationären Pflege zu begrenzen. Und was passiert?



Die monatlichen Eigenanteile an den Pflegekosten werden immer höher - und übersteigen die Renten bereits bei weitem. © dpa / Symbolbild

Von Jana Ulbrich

2 Min. Lesedauer

Dirk Reinke ist der Geduldsfaden gerissen. Fast auf den Tag genau [ein Jahr ist es jetzt her](#), dass auf dem Tisch des Petitionsausschusses im Deutschen Bundestag ein Papier gelandet ist, das der Chef des Awo-Kreisverbands Oberlausitz maßgeblich mit initiiert hatte: Die bundesweite Petition zur Begrenzung der Eigenanteile in der stationären Pflege.

Die Petition will erreichen, dass stationäre Pflege für die Pflegebedürftigen bezahlbar bleibt, dass Kostensteigerungen in den Heimen nicht von den Bewohnern, sondern statt dessen von den Pflegekassen getragen werden. Der Anstoß für die bundesweite Initiative der Awo war vom Kreisverband Oberlausitz ausgegangen. Innerhalb von nur zwei Wochen hatten 74.000 Menschen unterschrieben.



Dirk Reinke, Chef der Awo Oberlausitz, will sich dafür einsetzen, dass Heimkosten bezahlbar bleiben. © dpa / Symbolbild

"Das Problem ist riesengroß und braucht dringend eine Lösung", erklärt Dirk Reinke. Inzwischen übersteigen die monatlichen Eigenanteile für die Pflege die monatlichen Renten der Pflegebedürftigen bei weitem. "Es darf nicht sein, dass Pflege arm macht", sagt Reinke. "Mit der Petition wollten wir erreichen, dass sich der Bundestag schnellstmöglich mit dem Problem beschäftigt."

Passiert ist bisher nichts

Doch passiert ist seitdem: Nichts! Zwar hatte sich der Petitionsausschuss des Bundestags im Juni mit dem Thema befasst. Es hatte sich auch über die Parteigrenzen hinweg ein breiter Konsens hinsichtlich der Dringlichkeit des Problems abgezeichnet. "Wir hatten eigentlich eine Überweisung der Petition ins Plenum des Deutschen Bundestags erwartet", sagt Reinke. Doch bis heute habe der Ausschuss keine Entscheidung getroffen, was mit der Petition weiter geschieht.

Stattdessen wolle sich Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) nun in so genannten Bürgergesprächen erst einmal über den Bedarf informieren. Bei der Awo reagiert man mit Unverständnis und scharfer Kritik. „Wir verstehen nicht, warum der Minister sich über den Bedarf informieren muss“, sagt Brigitte Döcker vom Bundesvorstand. "Zahllose Experten und viele hunderttausend Bürger haben schon lange den Bedarf deutlich gemacht", sagt sie. Pflegebedürftigkeit dürfe nicht arm machen. Die Pflegeversicherung müsse das finanzielle Risiko für die Menschen verlässlich absichern. Und der Eigenanteil müsse über die gesamte Dauer der stationären Pflege verlässlich planbar sein.

"Wir werden in der Öffentlichkeit weiter und lauter Druck machen, damit sich bei der Bundesregierung endlich etwas bewegt", kündigt Dirk Reinke an. Die Eigenanteile in den Pflegeheimen der Region Löbau/Zittau sind zum Teil schon auf über 2.000 Euro pro Monat gestiegen. Nach Angaben aus dem Landratsamt sind bereits rund 900 Menschen im Landkreis auf Sozialhilfe angewiesen, um ihren Platz im Pflegeheim oder die Pflege zu Hause bezahlen zu können.

[Mehr Nachrichten aus Zittau und Umland lesen Sie hier](#)

[Mehr Nachrichten aus Löbau und Umland lesen Sie hier](#)